

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Herbert Wille stellt sich vor

Der Kandidat der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) für das Amt des Regierungschefs, Dr. Herbert Wille, wird sich in den nächsten Wochen in jeder Gemeinde unseres Landes persönlich vorstellen. Der Auftakt zu dieser Vorstellungsrunde wird morgen Donnerstag, den 18. April in Schellenberg erfolgen. Die öffentliche Veranstaltung findet im Hotel Krone um 20 Uhr statt.

Bereits sind auch zwei andere Vorstellungstermine bekannt geworden. Am Montag, den 29. April wird Dr. Herbert Wille die Gemeinde Mauren besuchen, wobei die Ortsgruppenversammlung im Restaurant Freihof stattfindet.

Eine Woche später, am Montag, den 6. Mai ist Dr. Herbert Wille zu Gast in der Gemeinde Vaduz. Die Versammlung findet im Foyer des Vaduzer Saals statt.

## Bühre-Konzern weist 15 Mio. Franken Gewinn aus

Zürich (AP) Der Örlikon-Bühre-Konzern hat 1984 seinen Geschäftsabschluss gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Wie einem am Dienstag in Zürich veröffentlichten Communiqué zu entnehmen ist, weist der Konzern einen konsolidierten Gewinn von 15,0 Millionen Franken aus. Im Vorjahr war ein Verlust von 88,7 Millionen Franken verzeichnet und noch Anfang Februar für 1984 «kaum mehr als ein etwa ausgeglichenes Konzernergebnis» erwartet worden.

Der Reingewinn der Örlikon-Bühre Holding AG wird mit 1,348 Millionen Franken ausgewiesen. Der Verwaltungsrat beantragt, auf eine Dividende zu verzichten und den Reingewinn auf neue Rechnung vorzutragen. In der Mitteilung heisst es weiter, das Konzernergebnis sei trotz der starken Verbesserung noch immer ungenügend. Es sei angezeigt, bei der Holding AG erneut Rückstellungen vorzunehmen, weshalb der Jahresabschluss mit 45 Millionen Franken belastet worden sei.

Der Konzernumsatz wird mit 4,928 Milliarden Franken angegeben, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 23 Prozent ausmacht. Höhere Umsätze seien vor allem bei den Militärprodukten, aber auch bei allen im Zivilbereich tätigen Gruppen erzielt worden, heisst es.

## Weizman bei Mubarak

### Gipfeltreffen im Gespräch

Kairo (AP) Der israelische Minister ohne Geschäftsbereich Ezer Weizman ist am Dienstag in Kairo vom ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak empfangen worden. Weizman hatte am Montagabend bei der Ankunft erklärt, er überbringe eine mündliche Botschaft seines Ministerpräsidenten Schimon Peres.

Bei seinen Gesprächen mit Mubarak sowie mit Ministerpräsident Kamal Hassan Ali und Aussenminister Esmat Abdel Megid, sagte Weizman, gehe es um mehrere wichtige Probleme: die Rückkehr des ägyptischen Botschafters nach Tel Aviv, den Disput über ein Stück der gemeinsamen Grenze, die Kontakte zwischen Jordanien und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) sowie die Nahostmission des amerikanischen Unterstaatssekretärs Richard Murphy.

Was ihm Peres zu übermitteln aufgetragen hat, sagte Weizman nicht. Möglicherweise geht es um ein Gipfeltreffen zwischen Peres und Mubarak. Der israelische Rundfunk hatte am Montagabend gemeldet, die beiden hätten in Botschaften ihre Meinungen zu einem möglichen persönlichen Treffen ausgetauscht. Das Thema sei auch bei einem Gespräch von Peres mit Murphy zur Sprache gekommen. Murphy wird im Rahmen seiner Nahostreise auch Ägypten besuchen.

## Entscheidend ist die Frage der Stellvertreter

Der Landtag wird heute die beiden Volksinitiativen zur Mandatszahlerhöhung in Behandlung ziehen

Das aus politischer Sicht wohl wichtigste Geschäft der Landtagssitzung von heute Mittwoch wird die Behandlung der zwei Volksinitiativen zur Erhöhung der Mandatszahl im Landtag sowie zur Neuordnung der Stellvertreterfrage darstellen. Die beiden Vorlagen werden gemäss der Traktandenliste getrennt behandelt, so dass mit grosser Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass sie ohne Diskussion an die Volksabstimmung überwiesen werden. Der Bürger soll in dieser Frage das letzte Wort haben.

Beide Initiativen gehen davon aus, dass die Mandatszahl im Landtag erhöht werden soll. Die wenig kompromissbereite Haltung der VU-Delegation bei den zwischenparteilichen Verhandlungen verumöglichte ein gemeinsames Vorgehen bei der Mandatszahlerhöhung, obwohl in einer ersten Verhandlungsphase noch ein Einlenken signalisiert worden war. Die Notwendigkeit zur Erhöhung der Mandatszahl dürfte unbestritten sein, sofern der Grundsatz im Mittelpunkt der Diskussion steht, dass der Landtag als Volksvertretung seine Aufgaben besser wahrnehmen kann, wenn die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt wird. Ausserdem darf nicht übersehen werden, dass der Landtag als Volksvertretung eine Repräsentationsfunktion hat, die mit nur 15 Abgeordneten nicht mehr ausgefüllt werden kann. Seit die Zahl 15 im Jahre 1921 festgelegt wurde, hat sich die gesellschaftliche Zusammensetzung unserer Bevölkerung stark verändert, so dass ein so kleines Gremium die einzelnen Bevölkerungsschichten nicht mehr repräsentieren kann.

### Rücksicht auf Frauenstimmrecht

Mit der Einführung des Frauenstimmrechts hat sich die Wählerzahl in unserem

Land mehr als verdoppelt. Diese Frauen wollen in einem Parlament nicht nur repräsentiert werden, sondern auch vertreten sein. Je höher nun die Mandatszahl im Landtag ausfällt, umso einfacher dürfte es für die Frauen werden, von Frauen im Landtag vertreten zu werden. Voraussetzungen sind in jedem Fall problematisch, doch wird die Chance für eine Frau, im Landtag Einsitz nehmen zu können, bei einer Beibehaltung des 15köpfigen Parlaments nicht allzu hoch einzuschätzen sein. Bei der von der VU vorgeschlagenen Erhöhung auf 21 Sitze nimmt die Wahrscheinlichkeit zwar zu, doch eine sichere Gewähr ist damit noch nicht gegeben. Diese Sicherheit ist zwar auch nicht mit einer Erhöhung auf 25 Mandate gegeben, doch liegen die Chancen für eine Frauen-Vertretung, die über die sogenannte Alibi-Frau hinausgeht, deutlich höher.

Ausserdem darf nicht übersehen werden, dass mit der Anhebung auf 25 Mandate das anteilmässige Verhältnis zwischen Ober- und Unterland nicht um eine Kommastelle verschoben wird, bei der 21-Lösung hingegen geht es zu Ungunsten des kleineren Wahlkreises verschiebt. Der historisch gewachsene und sicher auch bewährte Rahmen für die Verteilung der Parlamentssitze auf die beiden Landschaften bleibt mit dem FBP-Vorschlag auf 25 Sitze unberührt.

### Stellvertreterfrage entscheidend

Aus politischen und praktischen Gründen drängt sich eine Erhöhung der Mandatszahl im Landtag auf. Doch noch weniger scheint die Lösung der Stellvertreterfrage zu sein. Seit der Änderung der Geschäftsordnung des Landtages im Jahre 1971 können die stellvertretenden, also die nichtgewählten Abgeordneten ohne

weiteres die gewählten Abgeordneten im Plenum, in Kommissionen und Delegationen (z.B. Europarat) vertreten. Aus dem ursprünglichen Gedanken der Verfassungsväter, die Stimmenverhältnisse bei Abwesenheit eines gewählten Abgeordneten durch den Beizug eines Stellvertreters zu wahren, ist damit ein undemokratisches Faktum geworden: Dem Volk bleibt keine Wahl mehr, wenn ohnehin alle Kandidaten, ob sie dann gewählt werden oder nicht, genau die gleichen Funktionen ausüben können.

Die FBP-Initiative sieht zwar auch noch stellvertretende Abgeordnete vor, weil das gänzliche Weglassen eine höhere Mandatszahl erfordert hätte, doch werden die Stellvertreter auf einen Drittel der gewählten Abgeordneten pro Wählergruppe in einem Wahlbezirk reduziert. Ausserdem sind die Stellvertreter den gewählten Abgeordneten nicht gleichgestellt, sondern sie können nur ihre Funktion als effektive Stellvertreter während der Landtagssitzung ausüben, nicht aber in Kommissionen oder Delegationen gewählt werden.

Im Gegensatz dazu geht die VU-Initiative davon aus, dass die Stellvertreter in jedem Fall in Kommissionen und Delegationen gewählt werden können. Der jetzige, unbefriedigende, verfassungswidrige Zustand soll damit als verfassungskonform erklärt werden.

Die Funktion der nichtgewählten Kandidaten, die in anderen Staaten nur bei Rücktritt oder Todesfall zum Zuge kommen, wird mit der VU-Initiative derjenigen der richtig gewählten Abgeordneten gleichgestellt. Es bleibt, da auch die VU nicht mehr alle Nichtgewählten als Stellvertreter bezeichnen möchte, für den Bürger nur noch eine kleine Wahlmöglichkeit. Wählen aber bedeutet auswählen – und zwar aus dem ganzen Angebot. (G.M.)

## Preiszerfall bei Olympia-Marken

Schneller als der Dollar verfällt offenbar der Wert der liechtensteinischen Olympia-Serie von 1980: Mit einer Überraschung endete gestern Mittag in Hamburger Hotel Intercontinental die Versteigerung der drei Briefmarken, die Auktionator Wolfgang Jakubek für mindestens 15000 Mark an den Mann bringen wollte. Das höchste Gebot, schriftlich eingereicht, lag bei 10000 DM.

Im Saal meldete sich niemand, der bereit gewesen wäre, mehr zu zahlen. Die Sprecherin des Auktionshauses: «Wir haben das 10000-Mark-Angebot unter Vorbehalt angenommen. Zunächst müssen wir den Einlieferer fragen, ob er mit diesem Preis einverstanden ist.»

Den Grund für den Preisverfall – die erste Serie dieser Olympia-Marken hatte vor Jahresfrist noch ca. 40000 DM erbracht – sieht die Versteigerungsfirma in der Angst möglicher Interessenten, dass in nächster Zeit noch weit mehr der offiziell gar nicht existenten Marken auftauchen und damit den Preis weiter drücken könnten. (D.B.)

## Zweite Landtagssitzung

Heute Mittwoch wird der Landtag zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammenzutreten. Bereits liegt auch die Traktandenliste für die zweite Arbeitssitzung vor, die am 2. Mai abgehalten wird. Der Schwerpunkt dieser Sitzung wird die Strafrechtsreform mit dem Strafrechtsgesetz, dem Strafanpassungsgesetz und dem Jugendgerichtsgesetz darstellen. Nachstehend die Traktanden im Überblick:

- Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches
- Schaffung eines neuen Strafrechtsanpassungsgesetzes
- Schaffung eines Jugendgerichtsgesetzes
- Gesetzesvorlage über die Abänderung des Gesetzes über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen
- Gesetzesvorlage betreffend die Abänderung des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues
- Gesetzesvorlage betreffend die Abänderung des Steuergesetzes (Steuerbefreiung für abgasarme Motorfahrzeuge)
- Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Kanton St. Gallen über den Besuch der Kantonsschule Sargans durch Schüler aus dem Fürstentum Liechtenstein
- Bericht der Regierung zur Interpellation vom 5. Dezember 1984 der Abgeordneten Armin Meier, Josef Büchel, Noldi Frommelt und Dr. Dieter Walch betreffend Realschule und Oberschule

## Drei Sondermarken «Fürstin Gina» im Juni

Am 10. Juni werden zwei neue Briefmarkenserien mit sieben verschiedenen Wertstufen herausgegeben

Drei Sondermarken «Fürstin Gina – 40 Jahre Präsidentin des Liechtensteinischen Roten Kreuzes» werden am 10. Juni neu herausgegeben. Ausserdem erfolgt die Herausgabe einer Sonderserie «Die vier Kardinaltugenden: Gerechtigkeit, Mässigkeit, Klugheit und Tapferkeit. Nachstehend die Ausführungen von Dr. Walter Diggelmann in dem vom Amt für Briefmarkengestaltung herausgegebenen Briefmarkenbroschüre.

Gründung, Aufbau und Leitung des Liechtensteinischen Roten Kreuzes (LRK) während vier langer Jahrzehnte durch die Landesfürstin Gina gehören ohne jeden Zweifel zu den eindrucklichsten, ja zu den bewundernswerten humanitären Leistungen im langsam zu Ende gehenden Jahrhundert in ganz Europa. Dabei ist bekannt und weiss der Verfasser dieser Zeilen auch aus langjähriger eigener Anschauung, dass die fürstliche Präsidentin sich nie begnügt hat mit einer rein formellen Leitung der liechtensteinischen Rotkreuzorganisation; nein, Fürstin Gina nahm all die Jahre hindurch führenden und tätigen Anteil an dem so vielfältigen humanitären Wirken. Sie war immer mit ganzem Herzen dabei, ihrem intensiven Willen zu mitmenschlicher Hilfe entsprangen immer neue Ideen, immer neue Aktivitäten, auch immer neue Wege der so wichtigen Mittelbeschaffung: Fürstin Gina war während vierzig Jahren tatsächlich die eigentliche Seele und der Motor des Liechtensteinischen Roten Kreuzes.

Dieses so vorbildliche Wirken aus vornehmer Gesinnung in innerer Überzeugung hat am Ende des Zweiten Weltkrieges seinen Anfang genommen, an jenem 30. April 1945, als Tausende von notleidenden Flüchtlingen aller Altersstufen an die liechtensteinische Landesgrenze bei Schaanwald brandeten. An der Spitze der

Helferinnen und Helfer aus Liechtenstein, welche die Flüchtlinge mit dem Notwendigsten versorgten, stand die damals 24jährige Landesfürstin Gina. Sie schöpfte Suppe aus, half mit Kleidern und Schuhen, aber auch mit ermutigendem Zuspruch – der verdiente Sekretär des LRK, Dr. E. Heinz Batliner, erinnert in seinem eindrucklichen Beitrag in der vorliegenden Publikation an jene dramatischen, aber zukunftsweisenden Anfänge der Rotkreuztätigkeit. Und auf der ersten Marke zu 20 Rappen der nun ja wirklich in jeder Hinsicht angemessenen und wohlverdienten Dreierserie «Fürstin Gina, 40 Jahre Präsidentin des Liechtensteinischen Roten Kreuzes» ist die Landesmutter auf einem Archibild zu erkennen, wie sie an vorderster Front tatkräftig Hilfe leistet.

Im Fürstentum Liechtenstein betreibt das Rote Kreuz auch den Rettungsdienst, der anderswo staatlich oder kommunal organisiert ist. Der Rettungsdienst des LRK hat jahrein jahraus zahlreiche dringende Einsätze zu bewältigen, vor allem auch bei den ja leider häufigen Strassenverkehrsunfällen. An einen solchen Einsatz erinnert die Marke zu 50 Rappen, wo Walter Wachter die Hilfeleistung bei einem Fahrradunfall festgehalten hat. Wie sehr sich die Landesfürstin vor allem immer wieder notleidender Kinder anzunehmen bemühte, belegt recht eindrücklich die dritte Marke zu 1,20 Franken: Das Bild zeigt sie bei der liebevollen Betreuung von zwei Flüchtlingskindern aus Indochina, als im Jahre 1979 etwa dreissig indochinesische Flüchtlinge in Liechtenstein Aufnahme fanden.

Die talentierte Liechtensteiner Künstlerin Cornelia Eberle (Ruggell) hat diese drei so überaus sympathischen und aussagekräftigen breitformatigen Sondermarken entworfen, die neben den erwähnten

photographischen Dokumenten das dem deutschen Bildkünstler J.A. Slominski zu verdankende Porträt der Landesfürstin und auch das Zeichen des Roten Kreuzes mit den Jahrszahlen 1945 und 1985 zeigen. Diese in jeder Hinsicht ansprechenden Wertzeichen stellen nicht nur eine ver-

(Fortsetzung auf Seite 2)



## Ab 1986 auch in Italien bleifreies Benzin

Bonn (AP) Vom nächsten Jahr an wird es auch in Italien bleifreies Benzin geben. Das teilte am Dienstag in Bonn die Geschäftsführung des staatlichen italienischen Mineralölkonzerns Agip Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann mit.

Nach Angaben des Innenministeriums bestätigte die Agip gegenüber Zimmermann, dass die erforderlichen Massnahmen zur Versorgung mit bleifreiem Benzin in Italien bereits eingeleitet seien. Bereits 1986 solle an allen Autobahnen und bedeutenden Hauptverkehrsstrassen des Landes unverbleiter Kraftstoff von Agip angeboten werden. Bleifreies Benzin ist die Voraussetzung für die Einführung des umweltfreundlichen Katalysator-Autos.